

CSU hält Eder Profilierung vor

Corona-Pandemie Weil der Landrat öffentlich die verhängten Schutzmaßnahmen teilweise in Zweifel zog, bekommt er nun kräftig Gegenwind

Berlin/München/Unterallgäu Der Unterallgäuer Landrat Alex Eder hat mit seiner in der MZ gestützten Kritik an der Corona-Strategie von Bund und Land ein höchst unerschütterliches Echo angelöst. Während der Freie Wähler im Netz überwiegend Befall dafür erhält, weil er forderte, die Corona-Zahlen kritischer zu hinterfragen und die Verhältnismäßigkeit der von der Politik verhängten Einschränkungen in Zweifel zu ziehen, bekam er von der CSU nun kräftig Gegenwind.

Die drei Bundes- und Landespolitiker Stephan Stracke, Klaus Holtschek und Franz Josef Puchner haben eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der sie „entchieden den Thesen von Landrat Alex Eder widersprechen.“ Stracke ist gesundheitspolitischer Sprecher der CSU im Bundestag, Holtschek Staatssekretär im Bayerischen Gesundheitsministerium und Puchner Landtagspräsident und früherer Wirtschaftsminister.

Alle drei erinnern daran, dass die Schutzmaßnahmen in Bayern von den Koalitionspartnern CSU und Freien Wählern zusammen beschlossen worden seien. Die derzeitige Pandemielage sei ein ernstes „persönliche Profilierungsversuchs wie die des Unterallgäuer Landrats Eder“. Auch im Unterallgäu steigen die Infektionszahlen. „Allein seit dem 1. November sind mehr als 500 Personen positiv auf das Corona-Virus getestet worden. 34 Menschen sind bisher gestorben, 47 Covid-19-Patienten werden gerade in Kliniken des Landkreises behandelt.“ Ein Patient müsse auf der Intensivstation intensiv betreut werden. In ganz Schwaben seien aktuell mehr als 430 Covid-19-Patienten in stationärer Behandlung. *Abwertung der Reduktion: Die Zahlen in der Pressemitteilung spiegeln nicht das aktuelle Infektionsgeschehen im Unterallgäu wider. In Corona-Update auf Seite 22 stehen die vom Landratsamt am Freitag veröffentlichten Zahlen.*

„Die Lage ist ernst.“ Das hätten die renommierten deutschen Forschungs- und Wissenschaftsge-



Die CSU-Politiker Franz Josef Puchner, Klaus Holtschek und Stephan Stracke (auf unserem Archibild von links) üben öffentliche Kritik an den Äußerungen des Unterallgäuer Landrats Alex Eder (Freie Wähler) zu den Corona-Beschränkungen. *Archivfoto: hak*

seltschaften sowie die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina angesichts der bundesweit besorgniserregenden Anzahl an Neuzufällen bereits Ende Oktober festgesetzt, so die drei CSU-Politiker. Diese Einschätzung gelte mehr denn je für das Unterallgäu.

Die Infektionszahlen müssten reduziert werden, bevor die Krankenhäuser „weiter volllaufen und die Bettenauslastung kritischer wird“. Eine Überlastung des Gesundheitssystems müsse unbedingt vermieden werden. „Dafür sind die getroffenen Maßnahmen in Bund und Land wichtig und richtig.“

Somit wie Eder gemolt Zweifel an den geltenden Schutzmaßnahmen zu streuen, sei jetzt verantwortungslos und gemeinsamen Handeln erforderlich, so die drei CSU-Politiker weiter. Eine überwältigende Mehrheit der Bürgerin-

nen und Bürger verhalte sich entsprechend besonnen und klug. Sie achteten aufeinander und schützten sich und andere. „So sind wir bislang gut durch die Krise gekommen, vergleichsweise besser als viele Staaten weltweit.“

Natürlich bedürften alle Entscheidungen einer intensiven Diskussion und einer gewissen Abwägung, was nötig, möglich und vertretbar sei. „Wir ringen jeden Tag um die richtige Balance und federn wirtschaftliche Härten weitmöglichst ab. Insofern findet die Auseinandersetzung über die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen, die Landrat Eder anmahnt, unentbehrlich statt.“

Bei Eder vermischen sich konstruktive Vorschläge, wie das Infektionsgeschehen schnell in den Griff zu bekommen sei. Vielmehr spielten seine Äußerungen Corona-Skepti-

chern, „Leugnern und Verschiebungsbewertern in die Hände. Trauriger Höhepunkt sei der Vorwurf Eders, die Regierung erkaufe sich die Akzeptanz für die Maßnahmen mit Geld. Damit werde unzeitige Virusverbreitung geschürt.“

Auch die CSU-Fraktion im Kreistag meldete sich durch ihren Vorsitzenden Andreas Tschugg zu Wort. Sie nehme die Sorgen und Nöte, verbunden mit der Corona-Pandemie und den getroffenen Maßnahmen und Beschränkungen, seit Beginn der Pandemie sehr ernst. Selbstverständlich dürfe es unterschiedliche Meinungen und Einschätzungen zu den getroffenen Maßnahmen geben. Gleichwohl gebe und gebe es mit Blick auf die Corona-Politik der Staatsregierung und des Bundes nicht ein von Landrat Eder behauptet ein schliches „schwarz oder weiß“.

Die Politik folge eben nicht wie von ihm behauptet „seit Monaten allein medizinischen Einschätzungen“. Diese Aussage sei falsch und stiller Verunsicherung. Dass bei einer Virus-Pandemie in erster Linie der Rat der hierfür zuständigen Fachwissenschaft, also von Virologen und Epidemiologen, eingeholt werden sollte, „steht aus unserer Sicht auf der Hand“. Die Entscheidung liege aber stets bei den politisch Verantwortlichen, die immer auch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Belange bei der Abwägung im Blick haben.

Dem Landrat hält Tschugg auch vor, den Weg über die Medien zu gehen. Teile schwieriger Detail-Diskussionen über politisch zu entscheidende Themen sollten zunächst einmal in den dafür zuständigen Gremien geführt werden. „Landrat Alex Eder könnte sich bei spielfremde vom medizinischen Fachpersonal aus Klinik und Gesundheitsamt in den Kreistaggen aus erster Hand berichten lassen und auf dieser Basis seine sachliche Diskussion mit den gewählten Kreisräten führen.“

Darüber hinaus ist Landrat Eder Mitglied der Freien Wähler, die auf landespolitischer Ebene allen Maßnahmen zugunsten haben. „Genauso diese Vernetzung gibt es zu nutzen und nicht durch Polemik zu befeuern“, so Tschugg. Die vom Landrat beschriebene Spaltung der Gesellschaft werde durch diese polemische Aktion sicherlich weiter vorangetrieben, statt – wie vielleicht beabsichtigt – gebremst.

Wer wie Landrat Eder von einer „Epidemie der Zahlen“ spricht und gleichzeitig vor einer „Angstgierigkeit“ und „Panikmache“ warnt, bewirke das Gegenteil. Gerade wissenschaftlich fundierte Zahlen ermöglichen es erst sich angemessen, fächerbasiert und auch kritisch mit Corona und möglichen Beschränkungen auseinanderzusetzen. Schlagworte wie „Einheitsurteile über die Gesundheitsförderung“ seien nicht konstruktiv-kritisch. Sie verunsicherten die Menschen. *(jwo)*